

# Positionspapier

**Führungsstärke im Wiederaufbau – Empfehlungen  
für die deutsche Ratspräsidentschaft der Europäi-  
schen Union**

---

# Inhalt

---

Präambel.....	3
Einleitung .....	4
Handel und Außenwirtschaft .....	6
Digitalisierung.....	8
Energie und Klimaschutz .....	10
Industrielle Gesundheitswirtschaft .....	12

---

## Präambel

---

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von 2300 großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen und Privatpersonen, die in Deutschland, Europa oder den USA ansässig sind und im jeweils anderen Wirtschaftsraum investieren, produzieren sowie Dienstleistungen erbringen. AmCham Germany fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft fußen. Diese Partnerschaft beruht auf historischer Erfahrung, gemeinsamen Interessen und der gewachsenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtung unserer Gesellschaften. Darüber hinaus setzt sich AmCham Germany für einen transparenten Dialog ein und bekennt sich klar zu den transatlantischen Werten. Neben freiem Handel, wettbewerbsfähigen und offenen Märkten sind dafür auch Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von zentraler Bedeutung. Offene Gesellschaften sind für wirtschaftliche und soziale Innovationen, Stabilität und Prosperität nicht weniger wichtig als der freie Verkehr von Waren, Daten, Dienstleistungen und Personen. Transatlantisch tätige Unternehmen gehen ins unternehmerische Risiko, kommen ihren gesellschaftlichen Pflichten nach und beschäftigen rund 1,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden Wirtschaftsräumen. Die Erfahrungen und Analysen dieser Unternehmen zeigen, dass der Westen seine spezifischen Stärken ausbauen muss, um angesichts der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu bestehen.

---

# Einleitung

---

Europa erlebt die tiefste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Corona-Pandemie fordert Menschen und Unternehmen weltweit existenziell heraus und verursacht schwere Schäden in vielen Bereichen des Gemeinwesens. In dieser Lage ist es vorrangige staatliche Aufgabe, Leben zu schützen, Arbeitsplätze zu bewahren und die Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen zu sichern. Dank seiner Wirtschaftskraft und seines exzellenten Gesundheitswesens hat Deutschland diese Herausforderung bisher gut gemeistert. Nun geht es zunehmend darum, den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens in verantwortungsvoller Weise zu schaffen.

In dieser Situation wird Deutschland am 1. Juli 2020 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) übernehmen. Infolge der Krise ist die Wirtschaftskraft in Europa deutlich zurückgegangen, so die aktuelle EU-Frühjahrsprognose 2020. Gegenüber 2019 zeigt sie einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote von 6,7% auf 9% in Europa. Zusätzlich wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb der EU um 7,4% zurückgehen und die Staatsverschuldung (in Prozent des BIP) von 79,4% auf 95,1% stark steigen.<sup>1</sup> Um diese beispiellose Krise zu überwinden, um Beschäftigung, Wertschöpfung und Innovation zurückzugewinnen und den Bestand der EU zu sichern, braucht es Führungsstärke und Entschlossenheit. Unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist Deutschland gut vorbereitet, diese Aufgabe zu übernehmen. Kaum ein europäisches Land profitiert so sehr vom Binnenmarkt und der Währungsunion wie Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft. Und kein anderes Land sieht sich mit so hohen Erwartungen konfrontiert.

Die Auswirkungen der Pandemie sind heute noch nicht im Einzelnen abzusehen. Vieles spricht dafür, dass nicht neuartige Entwicklungen, sondern bereits vor der Krise bestehende Trends verstärkt werden. Schon seit vielen Jahren stellen wir eine Verlagerung von innovativen Branchen und Arbeitskräften aus Deutschland und der EU insbesondere in die USA fest. Seit einiger Zeit gewinnt dieser Trend eine zusätzliche Dynamik hin in den asiatischen, vornehmlich chinesischen Raum. Dies findet auch in der derzeitigen geopolitischen Situation Bestätigung. Europa muss sich in einer gewandelten Weltordnung zwischen den Rivalen USA und China behaupten. Unverkennbare Schwächen hinsichtlich der finanziellen und technologischen Leistungsfähigkeit wirken sich auf das Wohlstandsniveau aus. Innerhalb der europäischen Gesellschaften verstärken sich populistische Strömungen, viele Regierungen setzen auf nationale Präferenzen und geschlossene Grenzen. Schließlich wächst die Ablehnung der westlichen, freiheitlichen Gesellschaftsordnung und auch der Vereinigten Staaten von Amerika als einem bisher verlässlichen Partner. Auch die transatlantischen Handelsbeziehungen waren in den letzten Jahren durch die gegenseitige Einführung von neuen Zöllen sehr konfliktreich.

Die Amerikanische Handelskammer in Deutschland (AmCham Germany) ist die größte und älteste transatlantische Organisation in Europa mit 2300 Mitgliedern und vertritt die Interessen von globalen Konzernen bis hin zu kleinen und mittleren Unternehmen aller Sektoren. Sie möchte hiermit Empfehlungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vorlegen, die den Wiederaufbau der Wirtschaft, aber auch Stabilität und weitere Reformen der Europäischen Union gewährleisten können.

---

<sup>1</sup> Europäische Kommission: European Economic Forecast, Spring 2020, S. 1.

Sie folgen drei Prinzipien, die geeignet sind, auch weiterhin für Stabilität und Wohlstand zu sorgen:

- Offene und wertebasierte transatlantische Beziehungen;
- Ein handlungsfähiges und solidarisches Europa;
- Freier und regelbasierter Welthandel.

Konkret fordert AmCham Germany die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen über ihr eigenes Handeln, einschließlich der Wahl der Produktionsstandorte und Ausgestaltung der Wertschöpfungsketten. Die großen Herausforderungen der Menschheit in den kommenden Jahren werden – neben der Pandemie - die Bekämpfung des Klimawandels und die Gestaltung der Digitalisierung bleiben. Auch wenn sich die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft unzweifelhaft ändern wird, und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft wie die Stabilität der Union in den Vordergrund rücken, kann an der Priorität von Klimaschutz und Digitalisierung kein Zweifel bestehen. Überragende Bedeutung muss dabei der Befestigung und Verbesserung der transatlantischen Beziehungen zukommen.

Der Weg aus der Corona-Krise braucht gesamteuropäische Solidarität. Denn was derzeit noch wie eine nationale Herausforderung wirkt, wird im Wiederaufbau scharfe Unterschiede erkennen lassen. Einige Mitgliedsstaaten können weitaus höhere Summen für die Stabilisierung und Wiederaufrichtung ihrer Wirtschaft aufwenden als andere. Deshalb werden sie sich schneller erholen als andere, so dass die wirtschaftliche Ungleichheit zunehmen wird. Um eine Spaltung der Europäischen Union zu verhindern, müssen die Mitgliedsstaaten füreinander eintreten – ohne dabei die individuelle Verantwortung der Länder auszublenden. Die deutsch-französische Initiative zeigt Handlungsfähigkeit und Solidarität für den europäischen Wiederaufbau – gemeinsam und entschlossen werden die beiden starken Staaten den Weg aus der Krise weisen. Denn nur in einem ausgewogenen und stabilen Europa kann es den Bürgern und Unternehmen gut gehen.

Die Bewältigungsstrategien der Mitgliedstaaten im Zuge der Corona-Pandemie zeigen deutliche Tendenzen zu nationalen Alleingängen. Neben Restriktionen der Freizügigkeit haben insbesondere Handelsbeschränkungen zu einer Belastung der Beziehungen der Mitgliedstaaten und der Bürger untereinander geführt. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, auch bei der Krisenbewältigung stärker die Notwendigkeit einer solidarischen Zusammenarbeit zu unterstreichen. Europäische Unterstützungsvorhaben wie das Notfallprogramm rescEU und auch die deutsch-französische Initiative für einen Fonds auf EU-Ebene zur wirtschaftlichen Erholung gehen nach Überzeugung von AmCham Germany in die richtige Richtung.

---

# Handel und Außenwirtschaft

---

Die EU und die USA bilden den größten Wirtschaftsraum der Welt. Der transatlantische Handel sichert 15 Millionen Arbeitsplätze und steht für etwa 30% des weltweiten Handels. 54% der globalen Investitionen in den USA kommen aus Europa und 64% der US-Investitionen gehen nach Europa. Für die Exportnation Deutschland ist und bleibt der freie, regelbasierte Handel die tragende Säule von Wertschöpfung und Wohlstand.

Weltweite Lieferketten und offene Märkte steigern den Wettbewerb, fördern Innovationen und senken die Kosten für Verbraucher. So kostet eine Waschmaschine in Deutschland 84% weniger als zu einem hypothetischen Preis ohne internationalen Handel und Wettbewerb.<sup>2</sup> Deutschland und Europa werden die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nur gemeinsam erfolgreich stemmen können, wenn sie die Vorteile offener und regelbasierter Handelsbeziehungen in der ganzen Welt nutzen. Europa muss dafür seine Kräfte bündeln und auch weiterhin der starke Gesprächspartner auf Augenhöhe mit den USA sein. AmCham Germany spricht sich daher entschieden für einen globalen handelspolitischen Multilateralismus bei klarer Führungsrolle der Europäischen Union aus.

## Multilateralismus wiederbeleben

Seit einigen Jahren ist ein Trend zum Protektionismus im Welthandel und eine Abkehr vom Multilateralismus zu konstatieren. So ist laut Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) der durchschnittliche US-Zoll auf Importe aus China von 3,1% Ende 2017 auf 21% Anfang September 2019 gestiegen. Das gleiche Bild zeigt sich in gegenläufiger Richtung: Die durchschnittliche Zollbelastung der US-Exporte nach China hat sich Ende 2017 von 8% auf 21,1% im September 2019 erhöht. Auch der vereinbarte US-China „Phase-One-Deal“ schafft nur geringfügige Entlastung in den Handelsbeziehungen und belässt Zollsätze weiterhin auf hohem Niveau. Schädliche Rückwirkungen bei Dritten, wie der EU und Deutschland, sind schon jetzt wahrscheinlich. Protektionistische und handelsbeschränkende Maßnahmen der US-Regierung, wie wir sie seit einigen Jahren beobachten, sind auch Ausdruck von Vertrauensverlust und gefährden die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Europa und den USA.

Die Corona-Krise hat ihren Teil zur Verschärfung des Renationalisierungstrends beigetragen. In der ersten Phase der Stabilisierung hat die Bundesregierung z.B. die Förderung der heimischen Produktion von Schutzmasken angekündigt und gleichzeitig ein Exportverbot von Schutzkleidung verhängt. Auch vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung werben Politiker der Opposition für die Rückholung kritischer Produktionsbereiche und Schlüsselindustrien nach Europa. Dieser Trend gefährdet internationale Lieferketten und Warenströme. So verständlich es ist, kritische Produktionsbereiche zu identifizieren und zurückzuholen: in erster Linie sollte der Gesetzgeber Handelshemmnisse abbauen und den Handel stärken. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss sich für schnelle Grenzöffnungen einsetzen und gewährleisten, dass der Handel wieder reibungslos funktioniert und Vertrauen gestärkt wird. Die Handelsbeschränkungen, die durch die Pandemie so-

---

<sup>2</sup> European Centre For International Political Economy: (<https://ecipe.org/publications/win-win-warum-von-der-globalisierung-unternehmen-und-verbraucher-profitieren/>)

wohl innerhalb der EU als auch durch EU-Drittstaaten eingeführt wurden, müssen schnellstmöglich wieder aufgehoben werden.

### **Stärkung des EU-Binnenmarkts**

Der EU-Binnenmarkt hat den Europäern und gerade auch den Deutschen steigenden Wohlstand und wirtschaftliche Freizügigkeit gebracht. Doch ist der Binnenmarkt noch immer zu fragmentiert und spielt seine Größenvorteile viel zu wenig aus. Europa mit einem großen und funktionierenden Binnenmarkt könnte seine eigenen Interessen global wesentlich effektiver durchsetzen. Der nächste mehrjährige Finanzrahmen muss diesem Ziel sowie der Stärkung einer liberalen sozialen Marktwirtschaft Rechnung tragen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss den EU-Binnenmarkt weiter stärken und dafür Sorge tragen, dass die EU nach der Krise Handlungsfähigkeit und Schlagkraft entwickelt. Alle Mitgliedstaaten müssen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Hier wird eine kluge Integration der Wiederaufbaumittel in den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eine wichtige Rolle spielen.

### **Handelshemmnisse mit USA zügig abbauen**

Der handelspolitische Dialog zwischen der EU und den USA muss weitergeführt werden. Strafzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse müssen abgebaut und mittelfristig im Rahmen eines transatlantischen Handelsabkommens überwunden werden. Die Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung von Standards, Regulierungen und Lizenzen würde den USA und der EU erlauben, globale Regelungen zu setzen und in beiden Regionen dringend benötigte Wachstumsimpulse zu erzeugen. So könnte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft als starker Gesprächspartner der USA auf Augenhöhe positive Erfahrungen aus der Corona-Krise nutzen, um ein zuversichtliches Signal in Richtung eines freien und fairen Handels mit Wachstumsperspektiven zu senden. So sollten z. B. Exportbeschränkungen für medizinische Schutzausrüstung nicht in die Verantwortung einzelner Staaten übergehen. Dieser Dialog kann auch Ausgangspunkt für ein transatlantisches Freihandelsabkommen sein, mit dem sich gleichzeitig neues Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks generieren ließe.

### **Selbstbewusster Umgang mit China**

Die Volksrepublik China ist zu einem wirtschaftlichen Schwergewicht geworden und dürfte nach Überwindung der Corona-Pandemie noch weiter erstarken. Mit seinen Zöllen, staatlich gelenkter Wirtschaftspolitik, erzwungenem Technologietransfer und dem mangelhaften Schutz von geistigem Eigentum erzeugt China Spannungen im multilateralen Handelssystem. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft sollte die EU zum einen gemeinsam mit den USA selbstbewusst gegen Wettbewerbsverzerrungen und unfaire Handels-, Subventions- und Investitionspraktiken vorgehen und zum anderen EU-Maßnahmen (v.a. handelspolitische Schutzinstrumente, Wettbewerbspolitik, öffentliche Beschaffungen) für fairen Wettbewerb mit chinesischen Unternehmen vorantreiben.

### **Handelsabkommen mit Großbritannien umsetzen**

Bis Ende 2020 werden die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich neu geordnet. Gleichzeitig befinden sich auch die USA in Verhandlungen zu einem Freihandelsab-

kommen mit der britischen Regierung. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und die Kommission müssen sich daher für eine enge Verzahnung beider Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich einsetzen. Die Dreiecksbeziehung muss ausgewogen sein und den Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen.

---

## **Digitalisierung**

---

### **Digitale Souveränität mit offenem und vitalem Ökosystem als Ziel**

AmCham Germany unterstützt die Bemühungen der EU, im Bereich digitaler Technologien und Geschäftsmodelle wettbewerbs- und handlungsfähig zu bleiben. Sie versteht diese Bemühungen im Sinne eines werte- und normorientierten Verständnisses digitaler Souveränität, das im Einklang mit dem freien EU-Binnenmarkt steht. Der Erfolg der digitalen Transformation bestehender Industriezweige wird nicht zuletzt von einer effektiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Anwendern und Anbietern digitaler Lösungen und Services in einem globalen Markt abhängen. Das Zielszenario digitaler Souveränität muss daher ein offenes und vitales Ökosystem sein, in dem sowohl auf Anbieter- als auch auf Anwenderseite ein intensiver Innovationswettbewerb herrscht und in dem Daten als zentrale Ressource möglichst frei fließen können. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Vorgaben aus der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auch tatsächlich und nachweisbar eingehalten werden.

Darüber hinaus sollte es keine Einschränkungen des freien Datenverkehrs geben, außer diese sind aus Gründen der nationalen Sicherheit, oder zum Schutz sonstiger überragender Rechtsgüter gerechtfertigt. Deutschlands starkes politisches Bekenntnis zu einem wertebasierten Multilateralismus sollte sich auch in der EU-Technologiepolitik widerspiegeln. Digitale Souveränität sollte nicht im Sinne eines protektionistischen „Technologie-Unilateralismus“ interpretiert werden, sondern in erster Linie ein Werte- und Normensystem repräsentieren, das fairen Wettbewerb sichert und zu dem sich alle Marktteilnehmer in der EU gleichermaßen bekennen. Die DSGVO hat in diesem Sinne bereits ein Beispiel gesetzt für einen solchen EU-Normenrahmen mit globaler Wirkung. Eine ähnliche Vorreiterrolle kann der EU im Bereich der Regulierung kritischer Anwendungen der Künstlichen Intelligenz, z.B. Gesichtserkennung oder KI-basiertes Scoring einnehmen. Auch das Projekt Gaia-X mit seiner offen angelegten und kriterienbasierten Ausrichtung kann als Vorbild dienen.

### **Innovationsfreundliche Datenpolitik auf EU-Ebene fördern**

Zum Zielbild digitaler Souveränität gehört eine innovationsfreundliche EU-Datenpolitik. Mit der Datenschutzgrundverordnung hat die EU bereits einen umfassenden Regulierungsrahmen zur Wahrung der informationellen Selbstbestimmung mit weltweiter Vorbildwirkung etabliert. Dies muss nun ergänzt werden um eine gestaltende, innovationsoffene Datenpolitik. Sie stellt sicher, dass innerhalb der EU ein florierendes Datenökosystem entstehen kann, von dem Wissenschaft und Gesellschaft sowie Unternehmen aller Größen profitieren.



Die Stellschrauben hierfür sind vielfältig. Sie beginnen bei der Beseitigung verbleibender Unsicherheiten im Datenschutzrecht. Unternehmen benötigen dringend mehr Klarheit zu den Anforderungen rechtssicherer Anonymisierung, und es sollten stärkere Anreize für die Verarbeitung pseudonymer Daten geschaffen werden. Die Entwicklung entsprechender Codes of Conduct nach Art. 40 DSGVO sollte seitens der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gezielt unterstützt werden.

Abweichende und strengere sektorenspezifische Regelungen, wie dies etwa im Entwurf der ePrivacy Verordnung mit Blick auf die Datenverarbeitung vorgesehen ist, würden erneut einen Flickenteppich des Datenschutzrechts entstehen lassen. Dies führt zu einer unterschiedlichen und ungerechtfertigten Behandlung von Unternehmen und damit zu Rechtsunsicherheit und schwächt so den horizontalen, harmonisierten Ansatz der DSGVO. Eine stärkere Angleichung an den risikobasierten Ansatz der DSGVO ist mit Blick auf die Datenverarbeitung dringend geboten. Der Schutz des Einzelnen kann dabei durch die Anwendung technischer Schutzmaßnahmen (z.B. Pseudonymisierung) gewährleistet werden.

Bestandteil der Datenpolitik sollte außerdem eine europaweite Open-Data-Strategie sein, die sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor einschließt. Vor allem bei der Nutzung von Daten aus dem öffentlichen Sektor besteht momentan ein zentrales Hindernis in der Uneinheitlichkeit der Datenformate. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte daher neben der Etablierung sektoraler Datenräume insbesondere auch das Thema Standardisierung der Datenformate im Rahmen von Open-Data Initiativen auf die EU-Agenda setzen.

Letztlich wird eine innovationsfreundliche Datenpolitik auch durch einen fairen Wettbewerb im Internet im Allgemeinen und in der Plattformökonomie im Besonderen unterstützt. Wo erforderlich, könnte eine Modernisierung des Kartellrechts einen Beitrag leisten, um exzellente regulatorische Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Digitalwirtschaft zu schaffen.

### **Digitale Sicherheitspolitik europäisch ausgestalten**

Eine Grundsäule der digitalen Souveränität Europas ist eine kohärente Cybersicherheitspolitik. Sie muss zum Ziel haben, dass das Marktortprinzip auch zum Erreichen eines höheren Schutzniveaus im digitalen Binnenmarkt führt. Im Zuge der Novellierung der Netzwerk- und IT-Sicherheitsrichtlinie sollte sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass IT-Sicherheit nicht nur von Betreibern kritischer Infrastrukturen verbindlich zu gewährleisten ist, sondern IT-Sicherheit letztlich jeden Hersteller und Betreiber vernetzter und vernetzbarer IT-Geräte und -Systeme verpflichtet.

Ein weiterer spezifischer Aspekt der EU-Datenpolitik ist die Frage des Zugriffs von Ermittlungsbehörden auf digitale Beweismittel. Die Schaffung eines für Bürger wie auch Unternehmen klar nachvollziehbaren Rechtsrahmens mit starken rechtsstaatlichen Sicherungen hat dabei nicht nur sicherheitspolitische und bürgerrechtliche Relevanz. Er ist auch wichtig für den Erhalt des Vertrauens in die von solchen Zugriffen potenziell betroffenen digitalen Dienste und damit Bestandteil des europäischen Zielbilds normbasierter digitaler Souveränität.

Zentraler gesetzgeberischer Kristallisationspunkt für einen solchen Rechtsrahmen ist die geplante E-Evidence-Verordnung der EU. Deutschland hat sich bereits in den bisherigen Verhandlungen im Rat für eine stärkere Verankerung rechtsstaatlicher Sicherungsmechanismen beim grenzüber-

schreitenden Direktzugriff auf digitale Beweismittel ausgesprochen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte das Europäische Parlament weiterhin ermuntern, EU-weit rechtsstaatliche Normen sicherzustellen. Dazu gehört vor allem die Respektierung des nationalen Richtervorbehaltes. So müssten weiterhin nationale Gerichte die Ausleitung von Daten durch Diensteanbieter und Telekommunikations-Unternehmen an europäische Strafverfolger ausdrücklich und vorab autorisieren. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss nun genutzt werden, um den E-Evidence-Vorschlag, angereichert um die entsprechenden zusätzlichen Mechanismen, über die Ziellinie zu bringen. Dazu zählt auch das Prinzip der doppelten Strafbarkeit, nach dem eine Beauskunftung nur dann zulässig ist, wenn die zur Last gelegte Straftat wechselseitig als solche mit einem vergleichbaren Strafmaß definiert ist. Deutschland sollte sich an diesem zentralen Punkt im Zuge der Ratspräsidentschaft nicht auf eine neutrale Rolle zurückziehen, sondern gestaltend agieren.

Dies betrifft auch den flankierenden Prozess eines transatlantischen Abkommens zum gegenseitigen Zugriff von Ermittlungsbehörden. Der Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act (CLOUD Act) der USA sowie der Entwurf der E-Evidence-Verordnung der EU verfolgen im Kern das gleiche Ziel, nämlich Ermittlungsbehörden auf globaler Ebene handlungsfähig zu halten. Beide Rahmenwerke erzeugen mit ihrem teils extraterritorialen Ansatz allerdings potenzielle Konflikte mit den Datenschutzregimen in den entsprechenden Zielregionen, insbesondere im Verhältnis EU – USA. Diese potenziellen Rechtskonflikte bringen betroffene Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks in das Dilemma, mit der Befolgung entsprechender Auskunftspflichten in einer Jurisdiktion zugleich gegen Datenschutzvorschriften im Zielland einer grenzüberschreitenden behördlichen Auskunftsanfrage zu verstoßen.

Dieser Konflikt kann letztlich nur im Wege entsprechender internationaler Abkommen gelöst werden, die klare Vorgaben mit Blick auf Sicherheit, Datenschutz und v.a. Transparenz von Datenzugriffen machen sollten sowie besonderen Wert auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundprinzipien legen. Die EU-Kommission hatte zu Beginn des E-Evidence-Verfahrens zugesagt, dass der Abschluss eines transatlantischen Abkommens erst erfolgen werde, wenn die entsprechende EU-Gesetzgebung verabschiedet ist. Die Bundesregierung sollte im Ratsvorsitz europäischen vor nationalen Gesetzgebungsprozessen Vorrang einräumen und auch damit ein Bekenntnis zur digitalen Souveränität Europas ablegen.

---

## Energie und Klimaschutz

---

AmCham Germany unterstützt das europäische Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Dafür müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Dies erfordert insbesondere die umfangreiche Transformation großer Teile der Wirtschaft. Damit dieses Ziel gleichzeitig als Wachstumsstrategie verwirklicht werden kann und alle mitgenommen werden, müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein:

Die Energie- und Klimapolitik als Herzstück des „European Green Deal“ ist auch im Rahmen des Covid-19 Recovery Programms von entscheidender Bedeutung. Eine effektive CO<sub>2</sub>-Bepreisung

sollte als Leitinstrument für den Klimaschutz - neben der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft - etabliert werden, unter Vermeidung von Doppelbesteuerung (für ETS-Sektoren).

Europa sollte bei der Gestaltung des Transformationsprozesses die Schaffung eines Global Level Playing Field nicht aus dem Blick verlieren, mindestens jedoch auf G20 Niveau, unter besonderer Berücksichtigung des transatlantischen Bündnisses, klimapolitische Festlegungen treffen.

Bis das Global Level Playing Field geschaffen ist, bedürfen die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie die nachgelagerten Wertschöpfungsketten eines besonderen Schutzes. Verlässliche und robuste Carbon-Leakage-Regelungen sind dafür unerlässlich.

Strom und Gas werden auf absehbare Zeit eine sehr wichtige Rolle für die Energieversorgung spielen. Der Aufbau einer robusten und innovativen Wasserstoffwirtschaft mit intelligenten Lösungen zur Sektorenkopplung wird zusätzlich wesentlich zur Treibhausgasneutralität beitragen. Klimapolitische Festlegungen bedürfen immer eingehender industriepolitischer Folgenabschätzungen. Dies gilt insbesondere für energieintensive Prozesse am Anfang wichtiger Wertschöpfungsketten.

Die erneuerbaren Energien in Europa müssen zügig und marktgerecht ausgebaut werden, um auf den absehbar deutlich zunehmenden Bedarf an erneuerbar erzeugtem Strom vor allem für die industrielle Transformation und im Verkehrsbereich zu reagieren, und um eine verlässliche Stromversorgung hinreichend zu gewährleisten. Genehmigungsverfahren für Projekte im Energie-, Industrie- und Infrastrukturbereich sollten unter Wahrung sensibler Unternehmensdaten und Sicherheitsinteressen beschleunigt werden.

Europa muss sich seines tatsächlichen Handlungsspielraums nach innen wie nach außen bewusst sein:

- Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit muss der Energiebinnenmarkt vollendet werden. Jedoch darf die Kostensituation der Energieversorgung im Zuge der fortlaufenden Festlegungen und Konkretisierungen der Transformation nicht weiter verschärft werden.
- Die Einforderung hoher Klimaschutzambitionen in Drittstaaten ist zu begrüßen. Dies darf jedoch nicht zu Lasten der europäischen Wirtschaft geschehen - handelspolitische „Experimente“ wären hier kontraproduktiv.

Unternehmen aus vielen Branchen leisten schon jetzt durch technologische Innovationen einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Europa muss Innovationen durch gute Rahmenbedingungen unterstützen und der Wirtschaft weite Spielräume zur Umsetzung der Transformation geben, damit sie das Potenzial zukunftsweisender Technologien weiter entwickeln kann.

Die Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bedarf zusätzlicher Anreize für private Investitionsentscheidungen. Investitionslücken sollten durch zusätzliche finanzielle Mittel (auch auf nationaler Ebene) geschlossen werden. Die Transformation muss als Teil der Umweltbeihilfen verstanden werden. Entsprechend muss das europäische Energie- und Umweltbeihilferecht gezielt weiterentwickelt werden.

---

# Industrielle Gesundheitswirtschaft

---

Der Gesundheitssektor ist einer der dynamischsten Wachstumsmärkte weltweit. Die Unternehmen in der Pharmabranche und Medizintechnik sind mit innovativen Produkten, Prozessen und Dienstleistungen wesentliche Motoren des Fortschritts. Die Gesundheitswirtschaft trägt mehr als 12% zum nationalen BIP bei. Jeder sechste Erwerbstätige in Deutschland arbeitet in der Gesundheitswirtschaft. Sowohl die Pharmaindustrie als auch die Medizintechnik haben hohe Exportquoten und tragen somit in besonderem Maße zum Wohlstand Deutschlands bei.

## **Europa als Produktions- und Forschungsstandort stärken**

Die Corona-Pandemie hat uns die Bedeutung des Freihandels, des europäischen Binnenmarktes funktionierender Lieferketten für Pharma- und Medizinprodukte verdeutlicht. Es gilt deshalb, Maßnahmen zu entwickeln, um Europas Position als einem exzellenten Produktions- und Forschungsstandort für Medizintechnikprodukte und Arzneimittel für Unternehmen aus aller Welt zu sichern und zu stärken. Gleichzeitig muss die Versorgung mit medizintechnischen und pharmazeutischen Produkten sichergestellt werden. Eine enge Abstimmung mit Handelspartnern weltweit ist unerlässlich. Die Pläne der EU für einen „Europe’s Beating Cancer Plan“ gehen einher mit den deutschen Maßnahmen der „nationalen Dekade gegen Krebs“ und sollten aufeinander abgestimmt werden.

Im Hinblick auf die neue EU-Medizinprodukte-Verordnung (MDR) ist es essentiell, das MDR-System zeitnah funktionsfähig zu machen und so Versorgungsengpässe zu verhindern. Lieferengpässe bei Arzneimitteln könnten durch eine veränderte Ausschreibungspraxis verhindert werden. Die Bundesregierung sollte deshalb während ihrer EU-Ratspräsidentschaft auf eine Veränderung von Kriterien für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen hinwirken, damit pharmazeutische Produktionsstandorte innerhalb der Europäischen Union gefördert werden. Auch sollte, gestützt durch die Erfahrungen während der anhaltenden Corona-Pandemie, der hohe Stellenwert der Medizintechnikbranche und der Pharmaindustrie für die Gesamtwirtschaft und den europäischen Wissenschaftsstandort betont werden. Um den deutschen Standort zu stärken, gilt es auf EU-Ebene ein klares Bekenntnis zum Patentschutz zu verankern, Zugang zu Forschungsdaten zu ermöglichen und regulatorische Hemmnisse zu beseitigen.

In den USA zeichnet sich ab, dass internationale Arzneimittelpreise für einen Warenkorb zur Preisreferenzierung herangezogen werden. Sollte der deutsche rabattierte Preis Teil des Referenzpreises für den US-Markt werden, kann das zur Folge haben, dass innovative Medikamente in Deutschland nicht oder erst mit deutlicher Verzögerung eingeführt werden könnten. Um dem vorzubeugen, ist es wichtig, dass auch in Deutschland analog zu anderen EU-Ländern Listenpreise hierfür herangezogen werden.

## **Digitalisierung der europäischen Gesundheitswirtschaft vorantreiben**

Die Digitalisierung berührt alle medizinischen Fachgebiete, Leistungserbringer, Kostenträger und Patienten. Die geplante Schaffung eines „European Health Data Space“ bietet vielfältige Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und zur Zusammenarbeit der EU-

Mitgliedstaaten. Hier gilt es, konkrete Maßnahmen zur Förderung des Datenaustauschs wie die Definition von Standards sowie zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung zu entwickeln. AmCham Germany setzt sich für einheitliche Standards sowie eine enge Einbindung der industriellen Gesundheitswirtschaft ein, um die Potenziale vollumfänglich heben zu können. Vor allem in der Forschung ist die Nutzung von anonymisierten/pseudonymisierten Daten von enormer Bedeutung, um Produkte von Pharma- und Medizintechnikunternehmen für die Patienten weiterzuentwickeln und noch sicherer zu machen.

**AmCham Germany Policy Advisor**

Dr. Wolfgang Dierker

Vorsitzender der Geschäftsführung

Managing Director

GE Deutschland Holding GmbH

**Staff Contact**

Philipp Mittag

Specialist, Government Relations

T +49 30 2130056-24

M +49 151 14657918

E [pmittag@amcham.de](mailto:pmittag@amcham.de)

**Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)**

Vor 116 Jahren gegründet und mit mehr als 2.300 Mitgliedern ist AmCham Germany die älteste und größte Wirtschaftsvereinigung Deutschlands und vertritt die Interessen US-amerikanischer, deutscher sowie multinationaler Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen. Als Sprachrohr der transatlantischen Wirtschaft setzt sich AmCham Germany für einen freien und regelbasierten Handel sowie wettbewerbsfähiges und innovationsfreundliches Wirtschaftsklima ein.

**AmCham Germany online**

[www.amcham.de](http://www.amcham.de) | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)